

Haushaltsrede Gemeinde 2024 – Es gilt das gesprochene Wort!

Dank – den Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit in den drei Sitzungen der Finanz-AG zur Vorbereitung des Haushaltes. Ein besonderer Dank an Frau Rimer für Ihre Unterstützung und Vorschläge, wie wir den Haushalt genehmigungsfähig machen können.

Haushaltssicherungskonzept

- Satzungen anpassen / teilweise total überaltert
- Aufwendungssteuern und Leistungsentgelte zB. Hundesteuer/Nebenkosten/Pachtzinsen überprüfen und anpassen
- Sach- und Dienstleistungen – Einsparung angeblich 20% - ist das so? ; denn ohne diese Senkung, bei erheblicher Steigerung der Personalausgaben, könnte in der mittleren Finanzplanung an 2027 kein positives Ergebnis erreicht werden.
- In dem z.Z geltenden Finanzplanungserlass des hessischen Finanzministers gibt es den Hinweis, dass bei einem Defizit die Möglichkeit besteht, dass Defizit durch sogenannte „ungebundene Liquidität“ auszugleichen. Damit kann auch unser Haushalt ausgeglichen werden. Dies entlastet viele Kommunen bei der Aufstellung und Genehmigung ihrer Haushalte.
- Löst aber nicht das grundsätzliche Problem unseres Ergebnishaushaltes, dass der Verwaltungsaufwand nicht durch unsere Einnahmen gedeckt wird.
- Die Kommunen, so auch Biblis, sind in vielen Bereichen unterfinanziert. So z.B. bei der Kinderbetreuung, Straßen- und Kanalbau, Unterbringung von Flüchtlingen. Es fehlen den Kommunen jedes Jahr 2,6 Milliarden kommunaler Finanzausgleich, den das Land Hessen, in den Jahren von 2010-2016 entzogen hat.

Kindertageseinrichtungen und Schulkindbetreuung

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dies ist zuerst Aufgabe des Landes und des Kreises. Es gibt auf Kreisebene verschiedene Modelle. In Biblis haben wir das Modell Pakt am Nachmittag, es fallen im Normalfall für die Gemeinde keine Kosten an. Bei dem in Nordheim praktizierten Fall müssen wir 112000t € der Kosten tragen. Hierbei sind die eineinhalb neuen Stellen nicht mitgerechnet. Da durch die neue dritte Gruppe auch die Zuschüsse steigen, wird unser Zuschuss auf ca. 140000t € steigen.

Wir, die Gemeinde, zahlt

Wenn wir im Haushalt unter Produktbereich – Schulträgeraufgaben – nachsehen, finden wir 0 Zuschuss.

Dabei könnte bei der Schulkindbetreuung auch Null Zuschuss stehen und unseren Haushalt um ca. 140000t € entlasten. Dies macht 93 % der geplanten Grundsteuererhöhung aus.

Die Grundschule müsste nur das Anbot des Landes annehmen und dem Pakt am Nachmittag beitreten. Wie es immer mehr Grundschulen im Kreis machen.

Aber es bleibt noch eine Frage offen:

Warum wird bei Biblis Grundschule 30834€ interne Leistungsbeziehung ausgewiesen, obwohl wir nichts mehr mit der Betreuung zu tun haben. In Nordheim, wo wir unmittelbar betroffen sind, gibt es keine interne Leistungsverrechnung.

Übernehmen wir in Biblis immer noch für den Kreis kostenlos Aufgaben wie z.B. Reinigungsarbeiten/Bereitstellung von Räumen? Dann würden wir auch hier doppelt bezahlen, denn durch Schulumlage haben wir unseren Beitrag an den Kreis geleistet. Alle weiteren Leistungen im Bereich Schule oder Schulkindbetreuung müssen vom Kreis erstattet werden.

Neubau Kindertagesstätte i

Wir haben uns von Anfang an für eine Modulbauweise eingesetzt. Wir haben eine Besichtigungsfahrt nach Heidelberg zu einer in Modulbauweise gebauten Kindertagesstätte initiiert und haben diverse Gespräche geführt.

Die Vorteile liegen auf der Hand: zügige Umsetzung, niedrigere Kosten, alle Leistungen aus einer Hand und eine erhebliche Entlastung unserer Verwaltung.

Es sollen vier U3 Gruppen entstehen, aber die Module sollen so gestaltet sein, dass mindestens 2 Gruppenräume auch in Ü3-Gruppen umgewandelt werden können.

Durch dieses Vorgehen kann die Verwaltung in Zukunft flexibler auf sich verändernden Bedarf reagieren.

Personalkosten

Die Personalkosten betragen in der Zwischenzeit 6.411 Mill. €

In der Kernverwaltung haben wir 25,75 Stellen laut Organisationsuntersuchung.

Dies ergäbe nach ihrer Untersuchung einen zusätzlichen Personalbedarf von 6 Stellen, aber laut Stellenplan haben wir 2024 35,5 Stellen. Wenn wir also die Berechnungen der Untersuchung ernst nehmen, haben wir einen Überhang von 3,75 Stellen.

Die gesamten Personalkosten umfassen 39% des Gesamthaushaltes. Dies ist eine extrem hohe Personalquote, auch wenn wir die Kinderbetreuungseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft berücksichtigen. Ich muss auch noch darauf hinweisen, dass fünf Stellen vom KMB übernommen und die Personalkosten um ca. 250t€ entlastet wurden.

Auch deshalb haben wir am 03.02.2022, also vor zwei Jahren, unseren Antrag für eine Organisationsuntersuchung gestellt:

Untersucht werden sollte:

- Erfassen der Ist-Situation
- Stärken – Schwächen Analyse
- Aktivitätsplanung für ein optimales Verwaltungshandeln.

Ich finde, es wurden fast alle Punkte unseres Antrages einigermaßen umfassend dargestellt.

Der Aufbau der Verwaltungsorganisation geht bis auf das Gebäudemanagement auf BG Seib zurück, also Ende der 60er Jahre. Bei der Aufgabenzuordnung gibt es zahlreiche Überschneidungen, es fehlt in Teilen eine klare Zuordnung der Zuständigkeiten. Dies liegt auch an dem kleinteiligen Aufbau unserer Verwaltung.

Deshalb ist für uns der vorgeschlagene dreiteilige Aufbau der Verwaltung nachvollziehbar. Eine solche Verwaltungsorganisation verspricht effektiveres Arbeiten. Es gäbe keine Überschneidungen der Aufgaben mehr und die Leitungsrunde würde deutlich verkleinert werden. Nach Aussagen des Gutachtens kosten diese Leitungsrunden fast eine halbe Stelle Arbeitszeit in der Woche.

Ein Geschäftsverteilungsplan fehlt. Keine klare Vereinbarung von Leistungszielen und es gibt kein Controlling. Auch muss aus unserer Sicht schrittweise ein Dokumentenmanagement eingeführt werden.

Diese Untersuchung hat aber auch deutliche Schwächen. In Hessen müssen Beamte 41 Wochenstunden arbeiten.

Aber diese Berechnungen gehen von 39 Std. aus..

Wie die Untersuchung darauf kommt, dass wir im Tiefbau/Hochbau 4,5 Stellen brauchen, ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Hat niemand darauf hingewiesen, dass fast alle diese Arbeiten weitgehend an den KMB übertragen wurden.

Trotz dieser gravierenden Schwächen sehen wir in verschiedenen Vorschlägen der Untersuchung eine Chance, unsere Verwaltung voranzubringen.

Herr BG Scheib, nutzen sie diese Chance, wir sind gespannt, was sie daraus machen!

Hier noch eine Stellungnahme zum Antrag „Klimamanager“ von der Liste Scheib.

2016 wurde ein Gutachten zum „Kommunalen Klimaschutz“ beauftragt. Am 03.03 2017 wurde es offiziell in den Geschäftsgang eingeführt.

Es wurden in dem Gutachten viele Vorschläge gemacht, von denen bis heute so gut wie keine umgesetzt wurden. Als wir feststellten, dass sich nichts bewegt, haben wir Initiativen gestartet:

01.06.2018 Ausbauoffensive Photovoltaik

18.11.2018 Aufnahme in ISEK

15.10.2022 Nochmal Ausbauoffensive

Alle Beschlüsse einstimmig. Was ist passiert: NICHTS!

Dies wird sich durch eine neue Stelle nicht ändern.

Denn es gibt heute für viele Bereiche im Klimaschutz Partner z.B EWR Energiegenossenschaft Bergstraße, mit denen wir Klimaschutzmaßnahmen entwickeln können. Wir müssen nicht alles alleine machen!!

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, zur Anlage 4: „Außerordentliche Einnahmen: Potentiale Bauland und Grundstücke“, ein paar kurze Ausführungen zu machen.

Denn es gibt heute für viele Bereiche im Klimaschutz Partner z.B EWR Energiegenossenschaft Bergstraße, mit denen wir Klimaschutzmaßnahmen entwickeln können. Wir müssen nicht alles alleine machen!!

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, zur Anlage 4: „Außerordentliche Einnahmen: Potentiale Bauland und Grundstücke“, ein paar kurze Ausführungen zu machen.

In diesem Papier, das BG Scheib in der Elefantenrunde vorgestellt hat, sind 12 Flächen aufgeführt, die bei einer Vermarktung unsere zukünftigen Haushalte entlasten könnten. Davon sind 7 Flächen so gekennzeichnet, dass 2024 eine Umsetzung begonnen werden kann.

Wir sind gespannt, welche Maßnahmen 2024 tatsächlich begonnen werden.

Diese Umsetzungsmaßnahmen sollen einen Gewinn abwerfen und damit unsere zukünftigen Haushalte zukunftsfester machen.

Wenn dies funktionieren soll, schlagen wir vor, dass man sich zuerst auf die Maßnahmen konzentriert, die in der GV am wenigsten umstritten sind.